

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. einschließlich Postgebühren. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postkonten und Postbores, unsere Anzeigen u. jeder Zeit Bestellungen entgegennehmen. Die Redaktion ist an der Adresse: Wilsdruff, Hauptstraße 10. Für die Richtigkeit der Druckarbeiten wird keine Haftung übernommen. Die Redaktion ist an der Adresse: Wilsdruff, Hauptstraße 10. Für die Richtigkeit der Druckarbeiten wird keine Haftung übernommen.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige Raumzeile 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspennige, die 2-spaltige Raumzeile im letzten Teil 1 RM. Nachmittags 20 Reichspennige. Anzeigenpreis: die 6-spaltige Raumzeile 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspennige, die 2-spaltige Raumzeile im letzten Teil 1 RM. Nachmittags 20 Reichspennige. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 287 — 91. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 264

Donnerstag, den 8. Dezember 1932

Wiederum Schlägerei im Reichstage.

Die Stellvertretung des Reichspräsidenten.

Es hätte doch alles so ruhig angefangen! Zunächst wurde den Abgeordneten offiziell mitgeteilt, was sie alle schon wußten, daß nämlich das getriggerte Kuriosum — Entscheidung durch das Los nach einer Stichwahl, die den beiden Kandidaten die gleiche Stimmenzahl gebracht hatte — nun wieder rückgängig gemacht worden war. Das Haus entschied sich gegen den Antrag der Nationalsozialisten, die Wahl nochmals zu wiederholen, entscheidet in langer namentlicher Abstimmung, und verliert dabei der französische Gesandte François Poncelet, der in der Diplomatenloge dieser Sitzung beiläufig, sich die Hand vor den Mund, um ein herzhaftes Gähnen zu verbergen. Das Gähnen sollte ihm bald vergehen. Raum, oder vielmehr nur kurze Zeit, wird das Haus bei der Trauer über das Premieren Unglück gestört durch ein paar agitatorische Depeworte eines Kommunisten, die von den braunenden Psittakus aus allen Parteien rasch zerquetscht werden.

Aber das sollte doch die Fanfare für schlimmere Kämpfe werden!

Im Stellvertretungsgesetz spricht ein kommunistischer Redner; fast nur seine Fraktion ist im Saal. Aber die wüsten Beschimpfungen, die er gegen den Reichspräsidenten hinabschüttelt, führen erst zu Ordnungsrufen, dann rasch zur Wortentziehung. In der rechten Zuschauertribüne, wo in der Hauptsache nur durch Abgeordnete persönlich eingeführte Zuschauer sitzen, entsteht ein Tumult, weil dort jemand die kommunistische Attade auf Hindenburg durch ein mehrfaches beifälliges „Nieder mit Hindenburg!“ begleitet hatte und seine Nachbarn sich das nicht gefallen ließen. Unter wildem Tumult der Kommunisten ordnet der amtierende Vizepräsident Esser die Räumung dieser Tribüne an, und als dies durchgeführt wird, tritt ein SA- und ein SS-Mann hinein, packen den Delinquenten und befördern ihn zur Tür hinaus.

Hinter der Seite des Sitzungssaales, wo der Präsidentenstuhl und die Regierungstrübchen sich befinden, ist parlamentarisch heillosen Vorden, und durch diesen Gang dürfen sich gewöhnlich Sterbliche gar nicht hindurchwagen. Nun aber stürmen durch ihn hindurch die Kommunisten von links nach rechts hinüber und prallen dort auf einige entgegenkommende Nationalsozialisten. Der sich nun entzündende Kampf löst einen Telefonapparat, mehreren Tischen, vielen Wasserflaschen und Aschebechern das Leben, weil sie als Kampfwaffen benutzt wurden. Außerdem wurde ein Kronleuchter schwer beschädigt. Die Nationalsozialisten riegelten den Zugang ab, um den Zugang neuer Kräfte des Gegners zu verhindern. Natürlich ist die Sitzung inzwischen längst unterbrochen. Verwundete konnten zunächst durch die allgemeine Reue nicht erpicht werden, und der Kampf vollzog sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Aber Leute hat es neben den Scherben auch gegeben!

Doch das ist auch wieder nur eine Episode, eine recht bezeichnende allerdings, denn dann ging die Sitzung weiter. Inzwischen wird im Hintergrunde eine Untersuchung über den Kampf veranstaltet. Sie dauert lange, sehr lange, denn es war ein politischer Kampf — und für einen solchen gilt das Wort eines Abgeordneten, der zugleich Staatsrechtsprofessor ist, ein Wort, das nämlich heißt: „Nicht um eine Rechtsfrage, sondern um eine Machtfrage handelt es sich hier!“ Dr. Pr.

Sitzungsbericht.

(2. Sitzung.) Ob. Berlin, 7. Dezember.

Präsident Göring teilt zunächst das Ergebnis der Schriftführerwahl mit. Dann macht der Präsident auf das veränderte Wahlergebnis der Wahlen zum Dritten Vizepräsidenten aufmerksam. Nach der endgültigen amtlichen Feststellung sei Abgeordneter Löbe (Soz.) mit 205 Stimmen gewählt worden, während der Abgeordnete Hugo (Dt. Vp.) nur 204 Stimmen erhalten habe. Daraufhin beantragt Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) Wiederholung der Wahlen, da nach Ansicht seiner politischen Freunde das Ergebnis nicht einwandfrei sei.

Löbe (Soz.) Dritter Vizepräsident.

Es erfolgt über diesen Antrag eine namentliche Abstimmung, die das Resultat hat, daß der Antrag Fried mit 289 gegen 205 Stimmen abgelehnt worden ist. Abg. Löbe erklärt daraufhin, die Wahl anzunehmen, da durch den Antrag Fried und seine Ablehnung eine Klärung darüber erfolgt sei, daß die getriggerte Abstimmung nicht mehr angewiesen werden könne. Es folgt die erste und zweite Beratung des Gesetzesentwurfes der Nationalsozialisten und der Bayerischen Volkspartei über die Änderung des Artikels 51 der Reichsverfassung bezüglich der Stellvertretung des Reichspräsidenten.

Durch den Präsidenten des Reichsgerichts. Abg. Scheller (Komm.) nennt den Reichsgerichtspräsidenten den Repräsentanten der Klassenjustiz und der schlimmsten kommunistischen Verfolgungen. Als der Redner schwere Beschuldigungen gegen den Reichspräsidenten ausbringt, wird er vom Vizepräsidenten Esser zur Ordnung gerufen und darauf hingewiesen, daß er im Falle weiterer Verleumdungen des Reichspräsidenten zu härteren Maßnahmen übergeben werde. Das nicht aber nicht. Der Redner wiederholt seine beleidigenden Äußerungen, woraufhin ihm unter stürmischen Protestrufen der Kommunisten das Wort entzogen wird.

Lärm und Schlägerei.

Auf der Zuschauertribüne entsteht gleichfalls ein Zwischenfall. Ein Besucher, der die beleidigenden Äußerungen des kommunistischen Redners mit Beifallrufen begleitet hatte, wird von den übrigen auf der Tribüne anwesenden Personen herausgedrängt. Bei den Kommunisten entstand darauf heftige Erregung. Sie verlangten mit stürmischen Rufen die Befestigung derjenigen, die auf der Tribüne den Zwischenfall entfacht hätten. Während Vizepräsident Esser vergeblich die Ruhe wiederherzustellen sich bemühte, rief es dauernd: „Raus, raus!“ Auf der Tribüne macht sich überall große Unruhe bemerkbar. Ebenso herrscht

Im Sitzungssaal großer Lärm.

Schließlich ordnete der Vizepräsident die Räumung der Tribüne an, auf der sich der Vorfall ereignet hatte, und heftig schließte die Sitzung auf. Auf der Tribüne kommt es dann zu Auseinandersetzungen zwischen Tribünenbesuchern und einigen nationalsozialistischen Abgeordneten, die zur Tribüne heraufgegangen waren und dort einen Besucher herauswarfen, der sich durch Juxse herbeigeht hatte.

Die kommunistischen Abgeordneten waren inzwischen hinter dem Präsidium zu den Wandelgängen der Nationalsozialisten vorgezogen und gerieten mit diesen in

ein heftiges Handgemenge,

in dessen Verlauf die Kommunisten wieder zurückgedrängt wurden, wobei es verschiedene Verletzte gab. In diesen Zusammenstößen außerhalb des Sitzungssaales wird ergänzend bekannt, daß die Kommunisten auf die Nationalsozialisten eingedrungen sind und nach dem Abg. Lohse mit einem Fernsprechapparat warfen, der einen Kronleuchter zertrümmerte, so daß die Glas splitter herumflogen, die den Abgeordneten Lohse erheblich am Kopfe verletzten. Ebenso warfen die Kommunisten einen Tisch gegen die Nationalsozialisten, der wieder zurückgeschleudert wurde.

Weiter ist festgestellt worden, daß es sich bei dem ruhenden Zwischenfall auf der Tribüne um einen kommunistischen medienburgischen Landtagsabgeordneten handelte.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung

stellt Vizepräsident Esser fest, daß die tief bedauerlichen Vorgänge durch Störung von der einen Tribüne veranlaßt worden seien. Leider hätten auch Mitglieder des Hauses in den Konflikt eingegriffen. Präsident Göring habe eine Untersuchung eingeleitet, deren Ergebnis dem Hause noch mitgeteilt würde.

Abg. Förgler (Komm.) erklärt, daß sich SA- und SS-Leute als Hilfspolizisten im Auftrag des Reichspräsidenten in einem Wandelgang aufhielten (Widerspruch bei den Nationalsoz.). Es wird die Aussprache über das Stellvertretungsgesetz fortgesetzt.

Abg. von Freytag-Loringhoven (Dtn.) erklärt, es müsse auf den ersten Blick besonders einleuchten, daß es sich empfehle, dem obersten Repräsentanten der Reichspolizei vertretungsweise die Rechte des Reichsoberhauptes zu geben. Einer näheren Prüfung halte dieser Gedanke aber nicht stand. Der Reichsgerichtspräsident werde unter Gesichtspunkten ausgeführt, die ihn gerade zum Vertreter des Reichspräsidenten ungeeignet machten. Das bewolle geradezu schlagend das jüngste Leipziger Urteil, das völlig unzweifelhaft einen unerträglichen Eingriff bedeute. Die Komödie, die heute in Preußen vor sich abgehe, sei



Göring.



Esser.



Rauch.



Löbe.

der Staatsautorität abträglich

und zeige klar, wie unzweckmäßig die Einsetzung des Reichsgerichtspräsidenten als Stellvertreter sei. Vor allem sei dies auch jedem parlamentarischen Gedankengang widersprechend, die Justiz über die Vollzugsgewalt hinauszuheben und den Reichsgedanken hinter den des Reichsoberhauptes zurücktreten zu lassen. Deshalb lehnten die Deutschnationalen diese Art der Stellvertretung ab und beantragen statt dessen, dem

Reichspräsidenten selbst die Bestimmung seines Vertreters zu überlassen.

Er solle das Recht haben, durch ein politisches Testament den Vertreter für die Zeit bis zur Neuwahl zu bestimmen.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) meint, wenn die Sozialdemokraten dem vorliegenden Antrag zustimmen, so leide sie dabei der Gedanke, eine Dauerregelung der Stellvertretung des Reichspräsidenten herbeizuführen. Allerdings geschehe das aus genau den entgegengesetzten Gründen wie bei den Deutschnationalen. In den Kreisen des Herrenflusses sei schon die Rede davon gewesen, daß der ehemalige Kronprinz als Stellvertreter des Reichspräsidenten in Aussicht genommen worden sei. Die Sozialdemokraten wollten verhindern, daß aus solchen Plänen eine tatsächliche Gefahr für den Bestand des republikanischen Staatswesens erwachse, und würden deshalb dem Gesetzesentwurf ihre Zustimmung geben.

Abg. Dr. Bredt (Techn. N.-G.) stellt sich namens der Fraktion der Arbeitgemeinschaft ebenfalls auf den Boden des Gesetzesentwurfes.

Es folgt dann die Abstimmung. Nach Zurückziehung des Gesetzesentwurfes der Bayerischen Volkspartei wird der nationalsozialistische Gesetzesentwurf in erster und zweiter Lesung gegen die Deutschnationalen und Kommunisten angenommen.

Es folgt dann die Beratung der Anträge verschiedener Fraktionen auf

Änderung bzw. Aufhebung von sozialpolitischen Bestimmungen

der Notverordnung vom 4. September, ferner auf Winterhilfe, Arbeitsbeschaffung usw.

Ein Antrag des Abg. Förgler (Komm.), zu dieser Beratung den Reichsminister herbeizurufen, wird gegen Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt.

Abg. Kerken (Soz.) bezeichnet, als verantwortlich für die Notverordnungen diejenigen Parteien, die es der Reaktion so außerordentlich leichtgemacht hätten, ihre verderbliche Politik zu betreiben. Wenn im Reichstag wieder eine Mehrheit der Vernunft vorhanden sein wird, werden auch wieder Verbesserungen möglich sein und kommen.

Abg. Bürger (Nat.-Soz.) fordert die Aufhebung der Notverordnung vom 4. September in ihrem sozialpolitischen Teil und empfiehlt eine Arbeitsbeschaffung und Winterbeihilfen in Form von Lebensmittelkarten, Kleidungsartikeln usw. für die notleidende Bevölkerung sowie eine Arbeitsbeschaffungsaktion, insbesondere durch öffentliche Aufträge. Mit dem freiwilligen Arbeitsdienst, der sich vielfach geradezu zur Sklavenarbeit auswähle, könne man das Problem der Arbeitslosigkeit auch nicht bewältigen. Das könne erst geschehen, wenn jedem Deutschen das Recht auf Arbeit zuerkannt werde und wenn diejenigen außer Acht gelassen, die von der Arbeit anderer lebten. Nur wer dem deutschen Volke eine neue geistige und seelische Grundlage gebe, könne auch seine materielle Lage verbessern.

Abg. Bied (Komm.) polemisiert gegen die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten. Der Streik der Berliner Werksarbeiter sei der NSDAP-Gauführung erst durch kommunistischen Druck abgewonnen worden.

Abg. Dr. Schmidt-Schwalbe (Dtn.) erinnerte daran, daß das deutsche Volk der Arbeitslosigkeit auf den Hungertod zurückzuführen sei. Augenbraue habe auch unter der Regierung Papen gegen die Notverordnungen protestiert. Man müsse Einspruch dagegen erheben, daß man hier in wenigen Stunden Lebensfragen des deutschen Volkes

über das Anse brechen wolle. Diese ganze Arbeit sei hin- und hergeworfen. Redner fordert Wiederherstellung der Not der Arbeiter und Arbeiterinnen. Wir kämpfen weiter unter der roten Schwarz-Weiß-Not, die die Nationalsozialisten verurteilen haben. Abg. Schwarzer-Oberbarnert (Komm. Vp.) erklärt, zwischen den Taten Brüning und Papens sei ein wesentlicher Unterschied, denn Brüning habe niemals die sozialen Leistungen gekürzt, ohne nicht auch gleichzeitig anderen Bevölkerungsklassen neue Lasten aufzuerlegen.

Darauf wurde die Aussprache abgebrochen. Die von den Fraktionen eingebrachten Anträge wurden der Ausschussberatung überwiesen. — Nächste Sitzung Freitag. Tagesordnung: Weiterberatung und Abstimmungen.

Zahlreiche Verletzte.

Bei den Zusammenstößen zwischen kommunistischen und nationalsozialistischen Abgeordneten im Reichstag sind mehrere Personen verletzt worden. Schwere Verletzungen haben insbesondere Kriminalbeamte erlitten, die sich zwischen die Streitenden stellten. So hat ein Beamter eine tiefe Kopfverletzung und ein weiterer eine Verletzung des Ellenbogengelenks davongetragen. Die beteiligten Abgeordneten scheinen mit leichten Verletzungen davongekommen zu sein, abgesehen von dem nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Lohse und dem kommunistischen Reichstagsabgeordneten Hörnle, die Kopfverletzungen erlitten haben.

Die Reichstagsverwaltung hat nach Vernehmung der in Frage kommenden Zeugen einen eingehenden Bericht fertiggestellt, der dem Reichstagspräsidenten zugeleitet werden wird. Es ist dann Sache des Reichspräsidenten, die Folgerungen aus diesem Bericht zu ziehen. Die Reichstagsverwaltung bedauert die Vorgänge insbesondere deshalb, weil diese ihren Ausgang von einer bevorzugten Tribüne genommen hätten, nämlich der Tribüne, auf der Angehörige und Ehrenäste des Reichspräsidenten